

«Wir tragen Bier nach München»

Vorstoss Die FBP-Fraktion brachte gestern ein Postulat zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor. Trotz zahlreicher Kritik wurde das Papier an die Regierung zur Prüfung überwiesen. Der Landtag hofft auf neue Erkenntnisse.

Stephan Agnolazza
sagnolazza@medienhaus.li

Nach der zweistündigen Diskussion war der Entscheid deutlich: Mit 20 Ja-Stimmen wurde das Postulat der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) an die Regierung überwiesen. Dem war allerdings eine langwierige Diskussion vorausgegangen, in welcher sich einzelne Exponenten im hohen Haus wohl dank zahlreicher Wortmeldungen als besonders familienfreundlich positionieren wollten. Inhaltlich wurde aber – gerade in der ersten Hälfte – das Postulat kontrovers diskutiert. Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini dürfte nun einen guten Einblick bekommen haben, was die Abgeordneten in der neuen Legislatur von ihm erwarten.

Ausdehnung der Blockzeiten unbestritten

Mit der gestern an die Regierung überwiesenen Motion werden vor allem zwei Punkte geprüft: Die Erhöhung der Kinderzulagen aus der Familienausgleichskasse (FAK) sowie die Ausdehnung der Blockzeiten an den Kindergärten und Primarschulen. Wie es im Postulat weiter heisst, soll explizit auch die Möglichkeit geprüft werden, den zusätzlichen Anteil der Kinderzulage anstelle eines monatlichen Bezugs über den gesamten Bezugszeitraum wahlweise in den ersten Lebensjahren des Kindes in Form eines höheren Betrags zur Verfügung zu stellen, «sodass alle Kinder im Total über die gesamte Anspruchsdauer gleich behandelt werden». Ausserdem soll eine Indexierung der Kinder- und Geburtszulage für im Ausland lebende Kinder auf Konformität mit



Günter Vogt: «Die VU steht für eine ganzheitliche Familienpolitik, die FBP zielt anscheinend nur auf die Erhöhung des Kindergeldes, welches jetzt schon zu den höchsten in Europa gehört.» Bild: D. Schwendener

staatsvertraglichen Regelungen hin geprüft werden. Während die Ausdehnung der Blockzeiten auf insgesamt sehr positive Resonanz stiess, waren andere Punkte des Postulats stark umstritten.

Beim Koalitionspartner wunderte man sich grundsätzlich am Postulat, «schliesslich seien die meisten Punkte direkt aus dem frisch erarbeiteten Koalitionsvertrag abgeschrieben», stellte unter anderem Günter Vogt (VU) fest. Und sein Parteikollege Christoph Wenaweser ergänzte, dass mit Ausnahme der Prüfung einer Kindergelderhöhung die Inhalte des Postulats durch den Koalitionsvertrag bindend sind und somit ins Regierungsprogramm aufgenommen werden. «Mit diesem Postu-

lat würde in gewisser Weise das Bier nach München getragen.»

Giesskannenprinzip stark kritisiert

Auch Vertreter der Unabhängigen störten sich am Postulat. Thomas Rehak (DU) erinnerte an die Argumentation der FBP vor sechs Monaten, als eine Motion der DU mit der Begründung, eine Arbeitsgruppe arbeite bereits an der Thematik, bachab geschickt wurde. «Sechs Monate später interessiert sich bei der FBP offenbarniemand mehr für die Arbeit der Arbeitsgruppe», so sein Fazit. Elfried Hasler (FBP) hingegen verteidigte das Postulat, schliesslich gehe es nur darum, dass die Regierung verschiedene Massnahmen prüfe.

«Das ist der Unterschied zwischen einem Postulat und einer Motion.»

Inhaltlich wurde dann vor allem die Prüfung eine Indexierung sowie die pauschale Erhöhung der Kinderzulagen angegriffen. So gab VU-Fraktionssprecherin Violanda Lanter-Koller der Regierung mit auf den Weg, bei der Verteilung die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, also Einkommen und Vermögen, zu berücksichtigen. Pedrazzini versprach aufgrund der zahlreichen Voten gegen das Giesskannenprinzip, dies der Postulatsbeantwortung ebenfalls zu prüfen.

Auch der Vorbezug eines Teil des Kindergelds blieb nicht unbestritten. Thomas Lageder von der Freien Liste kritisierte mit gewohnt deutlichen Worten, dass damit falsche Anreize geschaffen würden. Ausserdem sei es ein gewaltiges Bürokratiemonster ohne Mehrwert. In eine ähnliche Kerbe schlugen auch die Unabhängigen. Dort sorgt man sich vor allem darum, dass noch mehr Geld ins Ausland exportiert wird. Stattdessen brachte der DU-Abgeordnete Erich Hasler die Idee eines Strukturfonds ins Spiel, welcher spezifisch einheimische Familien fördern soll.

«Indexierung ist ein kompletter Blödsinn»

Ebenfalls heiss umstritten war die Prüfung der Indexierung. Damit soll das Kindergeld für Kinder, welche im Ausland leben, den entsprechenden Lebenshaltungskosten angepasst werden. Während es Lageder (FL) grundsätzlich als falsch, schlecht und schädlich erachtet, befürchten Vertreter aus FBP und VU, dass eine Indexierung schon aufgrund der EWR-Mitgliedschaft nicht möglich ist. Der stellvertretende Abgeordnete Alexander Batliner (FBP) hielt dagegen, dass auch Österreich eine Indexierung prüfe. Eine Prüfung durch das Gesellschaftsministerium sei deshalb sinnvoll.

Am Ende war man sich grossmehrheitlich einig, dass eine Prüfung durch die Regierung wertvoll sei. Angesichts der gestrigen Diskussionen dürfte es aber bei entsprechenden Gesetzeszulagen wieder hoch hergehen – denn von mehrheitsfähigen Lösungen war gestern, abgesehen von den Blockzeiten, wenig zu spüren.